

Corona-Podcast der Regierung: Ein Tanz auf Messers Schneide?

Alexander Brade

2020-06-04T10:42:47



Von

[NICOLAS HARDING](#)

Als Reaktion auf die Wissensgier in der Bevölkerung betreibt die Bundesregierung seit nunmehr zwei Monaten einen Podcast, der auf der [Homepage](#) der Bundesregierung abrufbar ist. In diesem unterhalten sich verschiedene Hoheitsträgerinnen und Hoheitsträger mit dem Journalisten Sven Siebert über die aktuellen Entwicklungen der Corona-Pandemie, wobei der Podcast unter der Schirmherrschaft des Bundespresseamtes steht. Nach eigenen Angaben dient der erfolgreiche NDR-Podcast mit dem Virologen Christian Drosten als Vorbild für den regierungsamtlichen Podcast. Als die stellvertretende Regierungssprecherin dies verkündete, hätte sie im Hinblick auf den Grundsatz der Staatsfreiheit von Presse und Rundfunk eigentlich beschämt reagieren müssen. Vereinfacht gesagt verbietet der Grundsatz der Staatsfreiheit es dem Staat, auf dem Gebiet der Presse und des Rundfunks selbst gestaltend tätig zu werden. Sollte das Format daher entsprechend einzuordnen sein, könnte sich unabhängig vom konkreten Inhalt der Publikation bereits daraus die verfassungsrechtliche Unzulässigkeit des Podcasts ergeben.

Staatliche Öffentlichkeitsarbeit als Pflichtaufgabe der Regierung

Es steht indes fest, dass sich der Staat durch seine Funktionsträger äußern darf und sogar gegebenenfalls äußern muss. Das Bundesverfassungsgericht stellte bereits 1977 in einer wegweisenden [Entscheidung](#) zur PR-Kampagne der Bundesregierung fest, dass eine im Demokratieprinzip wurzelnde Pflicht zur Öffentlichkeitsarbeit besteht, die von Verfassungs wegen jedoch keineswegs grenzenlos ausgestaltet ist. Retrospektiv war das Urteil des Gerichts der Beginn einer bedeutsamen, eigenen Regeln folgenden Rechtsprechungsreihe, die sich von Schlagworten wie „[Glykol](#)“, „[Osho](#)“ und „[Spinner](#)“ nur sehr schwer trennen lässt. Kompetenziell

lässt sich die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung auf die ungeschriebene Staatsleitungskompetenz stützen. Sie umfasst nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Darlegung und Erläuterung der eigenen Politik und sich abzeichnender Probleme. Die Intention der Regierung, die Bevölkerung über die Herausforderungen und Entwicklungen im Zusammenhang mit den pandemischen Gegebenheiten der Gegenwart zu informieren, ist daher keineswegs verwerflich. Allerdings findet die zulässige Öffentlichkeitsarbeit ihre Grenze dort, wo das Institut der freien Presse und des Rundfunks staatlicherseits gefährdet wird.

Grenze: Staatsfreiheit von Rundfunk und Presse

Der Grundsatz der Staatsfreiheit des Rundfunks und der Presse hat seinen Ursprung in den entsprechenden Grundrechten der Pressefreiheit ([Art. 5 Abs. 1 S. 2 Var. 1 GG](#)) und der Rundfunkfreiheit ([Art. 5 Abs. 1 S. 2 Var. 2 GG](#)). Während sich aus den Grundrechten ein Abwehrrecht gegen staatliche Einflussnahme ergibt, ist im Grundsatz der Staatsfreiheit zugleich ein objektiver Verfassungsgrundsatz zu sehen, der die Grundrechtsträger nicht nur vor einer Einflussnahme schützt, sondern dem Staat die presse- und rundfunkmäßige Betätigung zu großen Teilen untersagt. Dieser Grundsatz steht damit in einem offensichtlichen Konfliktverhältnis zur verfassungsrechtlichen Informationspflicht der Regierung. Während es dem Staat im Hinblick auf die Pluralität des Pressemarktes nicht vollends untersagt ist, als Presseprodukt zu qualifizierende Druckerzeugnisse zu vertreiben, sind staatliche Betätigungen im Bereich des Rundfunks in Ermangelung eines vergleichbaren Gegengewichts besonders kritisch zu sehen. Hinzu kommt, dass dem Rundfunk seit jeher ein besonderes Maß an „Aktualität, Breitenwirkung und Suggestivkraft“ attestiert wird. Im Zusammenspiel mit dem historisch zu begründenden und die Rundfunkfreiheit zur dienenden Freiheit formenden Vielfaltsdefizit führt dies dazu, dass es dem Staat praktisch ausnahmslos untersagt ist, rundfunkspezifisch tätig zu werden. Dies bestätigte das Bundesverfassungsgericht im [Jahr 2008](#) unter Bezugnahme auf das grundlegende [erste Rundfunkurteil](#) aus dem Jahre 1961. Die Aufgabe der Rundfunkveranstaltung obliege demzufolge den vielfaltssichernden öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Rundfunkveranstaltern, die ihrerseits von Verfassungs wegen staatsfrei zu organisieren sind.

Die Einordnung des Regierungspodcasts

Da sich Rundfunk und Presse im Hinblick auf die Staatsfreiheit bei genauerem Hinsehen voneinander unterscheiden, ist für die Beurteilung der Verfassungskonformität des Regierungspodcasts zunächst die Einordnung des Podcasts in die in Rede stehenden Kategorien vorzunehmen. Der Begriff des Podcasts setzt sich zusammen aus dem Begriff „iPod“ und der englischen Vokabel für Rundfunk „Broadcast“, wobei sich allein daraus selbstverständlich noch keine Rundfunkqualität des Formats ergibt. Dass es sich bei einem Podcast nicht um ein Presseerzeugnis handeln kann, ergibt sich gleichwohl bereits daraus, dass dieser – auch wenn dies im Hinblick auf die Entwicklungsoffenheit der Medienbegriffe diskussionswürdig ist – schlichtweg kein Druckerzeugnis darstellt. Im Gegensatz dazu ist der verfassungsrechtliche Rundfunkbegriff durch die Merkmale der an die Allgemeinheit gerichteten Darbietung mit Hilfe elektrisch-

magnetischer Schwingungen geprägt, wobei der technische Verbreitungsweg das wesentliche Unterscheidungsmerkmal zum Pressebegriff ist (und mittelfristig auch bleibt). Dass auch dieser Begriff konturenlos erscheint, ist nicht nur dem Rundfunkgesetzgeber aufgefallen, der den einfachgesetzlichen Rundfunkbegriff um das Merkmal der Linearität ergänzte, sondern auch dem Bundesverfassungsgericht, das den verfassungsrechtlichen Rundfunkbegriff entwicklungs offen und von der Gefährdungslage her bestimmt wissen will.

Betrachtet man nun den von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Corona-Podcast, wird schnell deutlich, dass die Voraussetzungen des verfassungsrechtlichen Rundfunkbegriffs als erfüllt anzusehen sind. Nahezu jede Informationstechnologie einschließlich des Internets bedient sich zur Datenübertragung elektromagnetischer Signale. Zudem richtet sich der Podcast an die gesamte Bevölkerung und ist damit ein Paradebeispiel für an die Allgemeinheit gerichtete Massenkommunikation. Außerdem lässt sich im Hinblick auf die Aktualität des Themas und der hochkarätigen Besetzung grundsätzlich auch der Charakter einer meinungsrelevanten Darbietung des Formats kaum bestreiten, sodass dieses insgesamt auch als Rundfunk zu qualifizieren ist.

Verfassungswidrige Inanspruchnahme neutraler Rundfunkautorität?

Hätte das Bundesverfassungsgericht nicht nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Frage nach unzulässiger Staatsbetätigung im Bereich der Rundfunkveranstaltung stets mit Blick auf die rundfunkspezifische Gefährlichkeit zu beantworten ist, zöge bereits die Eröffnung des sachlichen Schutzbereichs der Rundfunkfreiheit einen Verstoß gegen die Staatsfreiheit nach sich. Berechtigterweise ist jedoch danach zu fragen, ob das in Rede stehende Format die Art von Gefahr herbeiführt, die der Grundsatz der Staatsfreiheit zu verhindern sucht. Dies ist im Hinblick auf den Regierungspodcast unter mehreren Gesichtspunkten fragwürdig. Zum einen fehlt es an der für klassischen Rundfunk typischen Linearität, sodass der Adressat des Formats diesem nicht „hilflos ausgeliefert“ ist. Vielmehr ermöglichen die technischen Umstände eine selektive Nutzung des Mediums „Podcast“, die sich nach dem Belieben des Adressatenkreises richtet und zur freien Disposition steht. Außerdem lässt sich der Regierungspodcast nicht bei den herkömmlichen Anbietern aufrufen, sondern ist nur über die Homepage der Bundesregierung zugänglich. Dieser Umstand geht sogar über eine die rundfunkspezifische Gefährdungslage ausschließende Selektionsmöglichkeit hinaus, da der Regierungspodcast gewissermaßen „außer Konkurrenz“ auftritt. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Erscheinungsformen des Rundfunks, die dem Grundsatz der Staatsfreiheit unterliegen, ist die Pluralität des „Podcastangebots“ nahezu unüberschaubar. Selbst wenn ein Podcast der Bundesregierung nicht zuletzt aufgrund staatlicher Autorität in diesem Angebot zweifelsohne eine Sonderrolle einnimmt, entspricht die Programmvietfalt mehr dem Medium der Presse, das staatliche Aktivität in engen Grenzen erlaubt. Zugleich ist das Format zunächst auf zehn Episoden begrenzt und weist einen unmittelbaren Bezug zur derzeitigen Ausnahmesituation auf, die eine erhöhte Informationsbereitschaft des Staates mit sich bringt.

Auch wenn es nicht unproblematisch ist, dass sich der Staat zur Erfüllung seiner Informationspflichten eines rundfunkähnlichen Formats bedient, verstößt die Bundesregierung durch ihre Aktivität derzeit (noch) nicht gegen den Grundsatz der Staatsfreiheit des Rundfunks. Obschon der Podcast verfassungsrechtlich als Rundfunk i.S.d. Art. 5 Abs. 1 S. 2 Var. 2 GG zu qualifizieren ist, geht von dem Format keine den Grundsatz der Staatsfreiheit aktivierende Gefahr für die Institution des unabhängigen Rundfunks aus. Durch die Ausgestaltung und separate Abrufbarkeit des Angebots sowie der Formatvielfalt steht der Podcast nicht in unmittelbarer Konkurrenz zu den anderen pluralitätswahrenden Angeboten Privater. Gleichwohl sind das Selbstverständnis und die Unachtsamkeit des Bundespresseamtes besorgniserregend. Hinsichtlich des Tanzes auf Messers Schneide scheint kein Problembewusstsein vorhanden zu sein. Im Zusammenspiel mit den Kommunikationsentwicklungen des sog. „Konvergenzzeitalters“ gibt dies Anlass dazu, neue Lösungsansätze für das Spannungsverhältnis staatlicher Informationspflichten und unabhängiger Medien zu entwickeln.

Zitiervorschlag: Harding, Nicolas, Corona-Podcast der Regierung, JuWissBlog Nr. 78/2020 v. 04.06.2020, <https://www.juwiss.de/78-2020/>.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).

